

Niederschrift

Gremium	Sitzung - SR/057(IV)/07			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Stadtrat	Donnerstag, 06.12.2007	Ratssaal	14:00Uhr	21:00Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse

Die Sitzung besteht aus zwei Teilen. Der Stadtrat wird hiermit auch zur 58.(IV) Sitzung (Fortsetzung und Haushaltsberatung) am 10.12.07 um 16.00 Uhr eingeladen.

- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Bestätigung der Beschlussprotokolle der 55. (IV) und 56.(IV) Sitzung vom 08./12.11.07
- 4 Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Teil 1 - 57.(IV) Sitzung am 06.12.07 ab 14.00 Uhr

- 5 Beschlussfassung durch den Stadtrat
- 5.1 Nutzungsvereinbarung zur Sporthalle und Außensportanlage Othrichstr. 32 DS0215/07
BE: Oberbürgermeister
- 5.2 Fortsetzung der Aktion "Mehr Einwohner für Magdeburg" DS0448/07
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 5.2.1 Fortsetzung der Aktion "Mehr Einwohner für Magdeburg" DS0448/07/
1
Fraktion future! - die jugendpartei
- 5.3 1. Änderungssatzung der Straßenreinigungssatzung vom 01. Dezember 2005 DS0427/07
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 5.4 1. Änderungssatzung der Straßenreinigungsgebührensatzung vom 09. Februar 2006 DS0474/07
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 5.4.1 1. Änderungssatzung der Straßenreinigungsgebührensatzung vom 09. Februar 2006 DS0474/07/
1
FDP - Fraktion
- 5.5 Zweckgebundene Zuführung zur Rücklage für "Public Private Partnership" (PPP) DS0508/07
BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen
- 5.6 Wohnungsbaugesellschaft Magdeburg GmbH DS0516/07
BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen
- 5.7 Mittelfristiger Konsolidierungsbeitrag der Wohnungsbaugesellschaft Magdeburg GmbH DS0518/07
BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen
- 5.8 Beteiligungsbericht 2007 DS0460/07
BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen
- 5.9 Stellungnahme des Oberbürgermeisters zum Prüfbericht 2006 DS0459/07

- BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen
- 5.10 Jahresabschluss 2006 des Städtischen Abfallwirtschaftsbetriebes DS0479/07
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 5.11 Jahresabschluss 2006 des Eigenbetriebes Stadtgarten und Friedhöfe DS0482/07
Magdeburg (SFM)
BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen
- 5.12 Jahresabschluss 2006 der Betreibergesellschaft Forschungs- und DS0477/07
Entwicklungszentrum Magdeburg mbH (FEZM)
BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen
- 5.13 Jahresabschluss 2006 der AQB Gemeinnützige Gesellschaft für DS0478/07
Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung mbH (AQB)
BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen
- 5.14 Jahresabschluss zum 31.12.2006 der P.G.M. Parkraum GmbH DS0519/07
Magdeburg
BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen
- 5.15 MESSE- und VERANSTALTUNGSGESELLSCHAFT DS0526/07
MAGDEBURG GmbH
Jahresabschluss zum 31.12.2006
BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen
- 5.16 Jahresabschluss 2006 der Natur- und Kulturpark Elbaue GmbH DS0404/07
(NKE)
BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen
- 5.17 Jahresabschluss 2006 der Magdeburger Hafen GmbH (MHG) DS0525/07
BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen
- 5.18 Jahresabschluss 2006 des Eigenbetriebes "Städtische DS0453/07
Seniorenwohnanlage und Pflegeheime" und Beauftragung des
Wirtschaftsprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses 2007
BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit
- 5.19 Wirtschaftsplan 2008 Puppentheater Magdeburg DS0464/07
BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport
- 5.20 Wirtschaftsplan 2008 Städtischer Abfallwirtschaftsbetrieb DS0501/07
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung

5.21	Wirtschaftsplan 2008 des Eigenbetriebes Kommunales Gebäudemanagement BE: Oberbürgermeister	DS0457/07
5.22	Wirtschaftsplan 2008 des Eigenbetriebes Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0414/07
5.23	Bereitstellung von überplanmäßigen Ausgabemitteln zur Bezahlung der Betriebskosten für alle schulischen Einrichtungen BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport	DS0548/07
5.23.1	Bereitstellung von überplanmäßigen Ausgabemitteln zur Bezahlung der Betriebskosten für alle schulischen Einrichtungen Fraktion future! - die jugendpartei	DS0548/07/ 1
5.24	Dringlichkeitsliste zur Verbesserung der Barrierefreiheit in der Landeshauptstadt Magdeburg - Stand September 2007 BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit	DS0467/07
5.25	Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe gemäß § 97 (1) der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt für die Einleitung von Oberflächenwasser BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0530/07
5.26	Straßenname BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0370/07
5.27	Abwägung zum Entwurf der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 353-1 "Wanzleber Chaussee / Königstraße" (Birngarten) BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0397/07
5.28	Satzung zur 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 353-1 "Wanzleber Chaussee / Königstraße" (Birngarten) BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0398/07
5.29	Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 103-5 "Südlich Burger Straße / Ihleburger Straße" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0413/07
5.30	Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 402-1 "Westlich Leipziger Straße / Magdeburger Ring"	DS0416/07

	BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	
5.31	Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 444-1 "Neu Reform"	DS0421/07
	BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	
5.32	Wirtschaftsplan 2008, Barmittelübersicht und Mittelfristiger Finanzplan 2008-2012	DS0470/07
	BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	
5.32.1	Wirtschaftsplan 2008, Barmittelübersicht und Mittelfristiger Finanzplan 2008-2012	DS0470/07/ 1
	Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr	
5.32.2	Wirtschaftsplan 2008, Barmittelübersicht und Mittelfristiger Finanzplan 2008-2012	DS0470/07/ 2
	SPD - Fraktion	
5.33	Bildung eines Festungsbeirates	DS0476/07
	BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	
5.34	Öffentliche Auslegung Bebauungsplan Nr. 349-2 "Am Jungfernberg"	DS0480/07
	BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	
6	Einwohnerfragestunde	
	Gemäß § 27 Abs. 2 Gemeindeordnung LSA führt der Stadtrat zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.	
7	Anfragen an die Verwaltung	
8	Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge	
8.1	Bürgerversammlung Reform	A0177/07
	SR Bork, Dr. Zimmer und Boeck Fraktion DIE LINKE	
8.2	Vernetzung / Bündelung der Magdeburger Stadtrechtsaktivitäten	A0180/07
	CDU - Fraktion und Fraktion BfM	
8.3	Würdigung von Preisträgern	A0181/07
	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	

8.4	Überprüfung der BauBeCon GmbH SR Martin Danicke SPD - Fraktion	A0185/07
8.5	Kulturelle und sportliche Beteiligungen für Kinder Fraktion Bund für Magdeburg	A0179/07
8.6	Kurzzeitparkplätze für KITAs und Grundschulen SPD - Fraktion	A0186/07
8.6.1	Kurzzeitparkplätze für KITAs und Grundschulen SR Müller Fraktion DIE LINKE	A0186/07/1
8.7	Steubenparade Fraktion Bund für Magdeburg	A0189/07
8.7.1	Steubenparade FDP - Fraktion	A0189/07/1
8.8	Straßenbenennung CDU - Fraktion	A0183/07
8.9	Zufahrt Gewerbegebiet Münchenhofstraße CDU - Fraktion	A0187/07
8.10	Aufwandsminimierung Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0190/07
8.11	Garagengemeinschaften auf städtischem Grund und Boden Fraktion DIE LINKE	A0191/07
8.12	Information des Stadtrates über OB-Beschlüsse Interfraktionell	A0184/07
8.13	Tag der Außenwirtschaftsbeziehungen in der Landeshauptstadt Magdeburg FDP - Fraktion	A0188/07
8.14	Umgang mit gefährlichen Hunden FDP - Fraktion	A0192/07

9	Informationsvorlagen	
9.1	Wirtschaftsverkehrskonzeption der Landeshauptstadt Magdeburg (Zielhorizont 2015)	I0226/07
9.2	Verkehrskonzept Veranstaltungsverkehre im Stadtraum östlich der Elbe	I0273/07
9.3	Änderung des Verfahrens zur Wahl des Stadtschülerrates	I0298/07
9.4	Inanspruchnahme der Haushaltsmittel per 30.09.2007	I0307/07
9.5	Konzept zur Einführung eines demographischen Controllings	I0284/07
9.6	Sachstand Wirtschaftsförderung	I0267/07
9.7	Jubiläum der Neustadt 2009	I0304/07

Nichtöffentliche Sitzung

10	Beschlussfassung durch den Stadtrat	
10.1	Übertragung von Grundstücken des Vogelgesangparks an die ZOOLOGISCHER GARTEN MAGDEBURG gGmbH BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0496/07
10.2	Entwicklungsauftrag für eine doppische Finanzwesensoftware nach dem Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR) BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0509/07

- | | | |
|--------|---|-----------|
| 10.3 | GF-Personalangelegenheiten: Bestellung eines Geschäftsführers der PGM

BE: Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit | DS0523/07 |
| 10.4 | Vergleichsvereinbarung über die Rückzahlung von Städtebaufördermitteln

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr | DS0431/07 |
| 10.5 | Personalangelegenheit | DS0570/07 |
| 11 | Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge | |
| 11.1 | Neugestaltung Erbbaupacht theaterballettschule magdeburg

CDU - Fraktion
WV v. 04.10.07 | A0146/07 |
| 11.1.1 | Neugestaltung Erbbaupacht theaterballettschule magdeburg | S0222/07 |
| 11.2 | GF - Personalangelegenheiten | A0196/07 |
| 12 | Informationsvorlagen | |
| 12.1 | Wirtschaftlichkeitsbetrachtung zur Finanzwesensoftware gemäß Festlegung aus dem Protokoll des Vergabeausschusses vom 06.11.07 | I0324/07 |
| 13 | Anfragen an die Verwaltung | |
| | Teil 2 - Öffentliche Sitzung - Haushaltsberatung 2007 am 10.12.07 ab 14.00 Uhr | |
| 14 | Haushaltsplan
- Haushaltssatzung 2008
- Finanzplan bis 2011
- Stellenplan 2008

BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen

i.V. mit allen anhängigen Änderungsanträgen | DS0419/07 |

14.2	Aufstockung des Lokalen Aktionsplanes	A0162/07
14.2.1	Aufstockung des Lokalen Aktionsplanes SPD - Fraktion	A0162/07/1
14.2.2	Aufstockung des Lokalen Aktionsplanes Fraktion DIE LINKE	A0162/07/2
15	Informationsvorlagen	
15.1	Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes bis 2011	I0279/07
15.2	Aktualisierung der Wirtschaftspläne und Mittelanmeldungen der städtischen Gesellschaften und Gesellschaften mit städtischer Beteiligung zum Haushalt 2008	I0309/07

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse

Die Sitzung besteht aus zwei Teilen. Der Stadtrat wird hiermit auch zur 58.(IV) Sitzung (Fortsetzung und Haushaltsberatung) am 10.12.07 um 16.00 Uhr eingeladen.

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge eröffnet die 57.(IV) Sitzung und begrüßt die anwesenden Stadträtinnen und Stadträte, Ortsbürgermeister, Gäste und Mitarbeiter der Verwaltung. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Soll	56 Stadträtinnen/Stadträte		
Oberbürgermeister	1		
Zu Beginn anwesend	33	“	“
maximal anwesend	51	“	“
entschuldigt	6	“	“

Durch feststellenden Beschluss nimmt der Stadtrat zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 1715-57(IV)07

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Holger Franke legt mit sofortiger Wirkung sein Mandat im Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg nieder.

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE nimmt der Stadtrat durch feststellenden Beschluss zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 1716-57(IV)07

Als sachkundiger Einwohner im Ausschuss Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und Kommunale Arbeitsmarktpolitik wird anstelle von Herrn Heinz-Joachim Kapischke als neues Mitglied Herr Thomas Waldheim mitarbeiten.

2. Bestätigung der Tagesordnung

1. Erweiterung der TO

in nichtöffentlicher Sitzung

DS0570/07
Personalangelegenheit

BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und
Allgemeine Verwaltung

(Abstimmung: mit 2/3 Mehrheit angenommen)
als **TOP 10.5**

Antrag des Oberbürgermeisters A0196/07
GF – Personalangelegenheiten: Bestellung eines
Geschäftsführers

(Abstimmung: mit 2/3 Mehrheit angenommen)
als **TOP 11.2**

Die veränderte Tagesordnung wird vom Stadtrat mehrheitlich, bei 2 Gegenstimmen **bestätigt**.

3. Bestätigung der Beschlussprotokolle der 55. (IV) und 56.(IV) Sitzung vom 08./12.11.07
-

Beschlussprotokoll der 55. (IV) Sitzung des Stadtrates vom 08.11.2007

Redaktionelle Änderung der CDU-Fraktion:

Auf der Seite 44 muss der Satz vor der Beschluss-Nr. 1684-55(IV)07 richtig heißen:

Der Stadtrat beschließt unter Beachtung der Änderungsanträge DS0389/07/1, DS0389/07/1/1 und DS0389/07/3 einstimmig:

Redaktionelle Änderung der Fraktion DIE LINKE:

Auf der Seite 18 ist als 1. Absatz zu ergänzen:

Stadtrat Krause, Fraktion DIE LINKE, spricht sich sehr kritisch und ablehnend zur GmbH-Bildung aus. Er erläutert seinen Standpunkt.

Das veränderte Beschlussprotokoll der 55. (IV) Sitzung des Stadtrates vom 08.11.2007 wird vom Stadtrat einstimmig **bestätigt**.

Beschlussprotokoll der 56. (IV) Sitzung des Stadtrates vom 12.11.2007

Abstimmung folgender Protokollergänzung der Fraktion future! – die jugendpartei:

Auf der Seite 24 unter TOP 7.23, den 3. Absatz wie folgt zu formulieren –

Stadtrat Ansorge, CDU-Fraktion nimmt zum Antrag A0174/07 Stellung, gibt Hintergrundinformationen zur Vortsituation und zitiert einen Brief von Architekten, die auf die Bedeutung des Geländes aufmerksam machen und den Eigentümer zu einen Workshop einladen, der bereits von Seiten der SV die Unterstützung zugesagt wurde. Herr Ansorge intepretierte diesen Brief und das Engagement als ABM der Architekten und stellt deren ehrenamtliches Engagement in Frage –

wird vom Stadtrat mehrheitlich, bei zahlreichen Jastimmen **abgelehnt**.

Das unveränderte Beschlussprotokoll der 56. (IV) Sitzung des Stadtrates vom 12.11.2007 wird vom Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und 2 Enthaltungen **bestätigt**.

Persönliche Erklärung des Vorsitzenden der Fraktion future! – die jugendpartei Stadtrat Michael Stage

Der Vorsitzende der Fraktion future! – die jugendpartei gibt eine persönliche Erklärung ab.
(Anlage 1)

4. Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Hierzu liegt eine schriftliche Tischinformation vor.

Teil 1 - 57.(IV) Sitzung am 06.12.07 ab 14.00 Uhr

5. Beschlussfassung durch den Stadtrat

-
- 5.1. Nutzungsvereinbarung zur Sporthalle und Außensportanlage DS0215/07
Othrichstr. 32
BE: Oberbürgermeister
-

Der BA KGM und die Ausschüsse BSS und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1717-57(IV)07

1. Die Betriebsführung der Sporthalle und die Außensportanlage in der Othrichstr. 32, Flur 268, Teile aus den Flurstücken 284, 287, 288 und 289 (Anlage), mit einer Größe von ca. 12.516 m² wird für einen Zeitraum von vorerst 5 Jahren an den BSV 93 Magdeburg e. V. übertragen.
2. Der Stadtrat ermächtigt die Verwaltung, mit dem BSV 93 Magdeburg e. V. einen entsprechenden Vertrag über die genannte Liegenschaft mit aufstehender Sporthalle abzuschließen.
3. Die Kosten für die Betriebsführung/Wartung werden wie bisher aus den Bewirtschaftungskosten des Fachbereiches Schule und Sport bzw. über die Zuweisung für Bau- und Grünanlagenunterhaltung an den Eigenbetrieb KGm finanziert.

5.2. Fortsetzung der Aktion "Mehr Einwohner für Magdeburg" DS0448/07
 BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine
 Verwaltung

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Vorsitzende der Fraktion future! – die jugendpartei Stadtrat Michael Stage bringt den Änderungsantrag DS0448/07/1 ein.

Der Änderungsantrag DS0448/07/1 der Fraktion future! – die jugendpartei –

Der Stadtrat beschließt, der Drucksache folgenden zweiten Beschlusspunkt hinzuzufügen:

Aufgrund des beeindruckenden positiven Ergebnisses prüft die Verwaltung zeitnah, inwieweit es sinnvoll ist, das Grundkonzept der Aktion auch auf andere Bevölkerungsgruppen (z.B. Auszubildende, FSJ'ler) zu übertragen.

Das Prüfergebnis wird dem Stadtrat zur Beratung übergeben. –

wird vom Stadtrat mit 16 Ja-, 18 Neinstimmen und 8 Enthaltungen **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1718-57(IV)07

Der Stadtrat beschließt die Fortsetzung der Aktion "Mehr Einwohner für Magdeburg" aus dem Jahr 2000 (DS0369/00), untersetzt durch OB-Beschlüsse 085-11/05 und 227-33/07.

- 5.3. 1. Änderungssatzung der Straßenreinigungssatzung vom 01. Dezember 2005 DS0427/07
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
-

Der BA SAB und der Ausschuss KRB empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 42 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1719-57(IV)07

Der Stadtrat beschließt die 1. Änderungssatzung der Satzung über die Straßenreinigung in der Landeshauptstadt Magdeburg (Straßenreinigungssatzung) vom 01. Dezember 2005 gemäß beiliegender Anlage.

- 5.4. 1. Änderungssatzung der Straßenreinigungsgebührensatzung vom 09. Februar 2006 DS0474/07
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
-

Der BA SAB empfiehlt die Beschlussfassung.

Stadtrat Dr. Schmidt, FDP-Fraktion, bringt den Änderungsantrag DS0474/07 ein.

Gemäß Änderungsantrag DS0474/07/1 der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Beschlussvorschlag wird ergänzt um nachstehenden Satz:

Die erste Änderungssatzung der Satzung über die Erhebung der Straßenreinigungsgebühren der LHM wird zwei Jahre nach ihrem In-Kraft-Treten bezüglich der Einschränkungen im Winterdienst - auf zwei Fahrzeuge in der Zeit zwischen 23.00 h und 03.00 h - auf ihre Wirksamkeit überprüft.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des Änderungsantrages DS0474/07/1 der FDP-Fraktion mit 41 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1720-57(IV)07

Der Stadtrat beschließt die 1. Änderungssatzung der Satzung über die Erhebung der Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungsgebührensatzung) in der Landeshauptstadt Magdeburg vom 09. Februar 2006 gemäß beiliegender Anlage.

Die erste Änderungssatzung der Satzung über die Erhebung der Straßenreinigungsgebühren der LHM wird zwei Jahre nach ihrem In-Kraft-Treten bezüglich der Einschränkungen im Winterdienst - auf zwei Fahrzeuge in der Zeit zwischen 23.00 h und 03.00 h - auf ihre Wirksamkeit überprüft.

5.5.	Zweckgebundene Zuführung zur Rücklage für "Public Private Partnership" (PPP)	DS0508/07
	BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1721-57(IV)07

1.
Die Aufhebung des Stadtratsbeschlusses vom 04.10.2007 (Beschl.-Nr. 1636-54(IV)07) zur DS0367/07 – überplanmäßige Ausgabe von 2.360.200 EUR für UA 1.45500 „Hilfe zur Erziehung“ hinsichtlich der angegebenen Deckungshaushaltsstelle 1.81000.210000.7 (Gewinnanteile Städtische Werke Magdeburg GmbH).

2.
Die überplanmäßige Ausgabe von 2.360.200 EUR für den UA 1.45500 „Hilfe zur Erziehung“ wird gedeckt aus der Haushaltsstelle 1.90100.041110.6 (Schlüsselzuweisung vom Land – Spitzabrechnung vom Vorjahr) in Höhe von 2.360.200 EUR.

3.
Eine außerplanmäßige Ausgabe in der Haushaltsstelle 1.91000.860200.4 (Zuführung zum Vermögenshaushalt – zweckgebundene Rücklage PPP) in Höhe von 2.877.000 EUR, die Deckung erfolgt aus den Mehreinnahmen in der Haushaltsstelle 1.81000.210000.7 (Gewinnanteile Städtische Werke Magdeburg GmbH).

4.

Eine außerplanmäßige Ausgabe in der Haushaltsstelle 2.91000.910200.3-99 (Zuführung an zweckgebundene Rücklage PPP) in Höhe von 2.877.000 EUR, die Deckung erfolgt aus der Einnahme in der Haushaltsstelle 2.91000.300200.1-99 (Zuführung vom Verwaltungshaushalt an zweckgebundene Rücklage PPP).

5.6. Wohnungsbaugesellschaft Magdeburg GmbH

DS0516/07

BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern erklärt gemäß § 31 GO LSA sein Mitwirkungsverbot und nimmt nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Die Ausschüsse VW und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1722-57(IV)07

Die Gesellschaftervertreter der Landeshauptstadt Magdeburg in der Wohnungsbaugesellschaft Magdeburg mbH (Wobau) werden angewiesen, in der Gesellschafterversammlung folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Die Wobau löst noch in 2007 die Kapitalrücklage in Höhe von 2.067.030,94 EUR in voller Höhe und die anderen Gewinnrücklagen, die derzeit in Höhe von 481.615,73 EUR bestehen, zu einem Teilbetrag in Höhe von 432.969,06 EUR auf.
2. Die durch die Auflösung der Kapitalrücklage und der anderen Gewinnrücklagen frei werdenden Beträge in Höhe von insgesamt 2.500.000,00 EUR werden als Vorabauschüttung auf den zu erwartenden Bilanzgewinn 2007 an die Landeshauptstadt Magdeburg als alleinige Gesellschafterin der Wobau ausgezahlt.

5.7. Mittelfristiger Konsolidierungsbeitrag der
Wohnungsbaugesellschaft Magdeburg GmbH

DS0518/07

BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Stadtrat Stern, erklärt gemäß § 31 GO LSA sein Mitwirkungsverbot und nimmt nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Die Ausschüsse VW und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Brüning signalisiert grundsätzlich Zustimmung zur Drucksache DS0518/07, merkt aber kritisch bezogen auf den vorletzten Absatz auf der Seite 5 der Begründung an, dass nicht der Oberbürgermeister sondern der Stadtrat über den Geschäftsanteilkauf- und abtretungsvertrag eine Beschlussfassung herbeiführt.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal spricht sich gegen die Annahme der Drucksache DS0518/07 aus und bittet den Oberbürgermeister Herrn Dr. Trümper, die Zustimmung der beteiligten Banken vorzulegen.

Der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen Herr Zimmermann macht bezüglich der Bitte des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal klarstellende Ausführungen und merkt dabei u.a. an, dass die Banken nicht zustimmen müssen und 1 Jahr Anhörungsrecht haben, um der Kapitalherabsetzung zu widersprechen. Er erklärt sich bereit, mit der Vorlage der Drucksache eine Information über das Verhalten der Gläubiger einschließlich der Banken gegenüber der Kapitalherabsetzung zu berichten. Dies schließt die Frage des Andienungsrechtes im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Lage der Wobau ein.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und 3 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1723-57(IV)07

1. Das Stammkapital der Wohnungsbaugesellschaft Magdeburg mbH (Wobau) wird nach Umstellung und Glättung auf einen in EUR lautenden Nennbetrag um 22,5 Mio. EUR herabgesetzt. Nach erfolgtem Wirksamwerden der Kapitalherabsetzung sollen, über einen Zeitraum von fünf Jahren, Geschäftsanteile in einem Wert von 22,5 Mio. EUR an die Wobau veräußert werden. Der hierzu abzuschließende Kaufvertrag zwischen der Landeshauptstadt Magdeburg und der Wobau soll ein Andienungsrecht der Stadt Magdeburg enthalten, jährlich einen Ankauf von Geschäftsanteilen durch die Wobau verlangen zu können. Bei der Ausübung der Option sind die wirtschaftlichen Belange der Gesellschaft zu berücksichtigen.
2. Die Gesellschaftervertreter der Landeshauptstadt Magdeburg in der Wobau werden angewiesen, alle zur Umsetzung des vorstehenden Vorhabens „Kapitalherabsetzung und Erwerb eigener Anteile durch die Wobau“ erforderlichen Beschlüsse zu fassen, insbesondere die in der Anlage 3 bereits aufgeführten Gesellschafterbeschlüsse.
3. Für den Abschluss des Geschäftsanteilkauf- und -abtretungsvertrages ist ein weiterer Stadtratsbeschluss erforderlich.

5.8. Beteiligungsbericht 2007

DS0460/07

BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen

Die Ausschüsse VW und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1724-57(IV)07

1. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2007 nach Erörterung gemäß § 118 Abs. 2 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt (GO LSA) zur Kenntnis.
2. Der Oberbürgermeister hat die Einwohner der Landeshauptstadt Magdeburg in geeigneter Form über den Beteiligungsbericht zu unterrichten (§ 118 Abs. 3 GO LSA).
3. Der Beteiligungsbericht ist dem Landesverwaltungsamt unverzüglich vorzulegen.

5.9. Stellungnahme des Oberbürgermeisters zum Prüfbericht 2006

DS0459/07

BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen

Die Ausschüsse RPB und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Die Vorsitzende des Ausschusses RPB Stadträtin Frömert gibt den Standpunkt zur Jahresrechnung 2006/Stellungnahme des Oberbürgermeisters zur Prüfung der Jahresrechnung des Ausschusses RPB ab und bittet um Beantwortung der darin aufgeführten Fragen (**Anlage 2**)

Auf Nachfrage des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal bezüglich der Bitte um Unterstützung bei der Verbesserung der Bedingungen der Arbeit des Ausschusses RPB durch den Stadtratsvorsitzenden und den Fraktionsvorsitzenden geht die Vorsitzende des Ausschusses RPB Stadträtin Frömert erläuternd auf die Hintergründe der Problematik ein.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper merkt an, dass alle Berichte dem Ausschuss RPB vorgelegt werden können, sobald die Stellungnahme der Verwaltung dazu vorliegt.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 1725-57(IV)07

1. Der Stadtrat bestätigt gemäß § 108 Abs. 3 Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2006.
2. Der Stadtrat erteilt gemäß § 108 Abs. 3 Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt dem Oberbürgermeister die Entlastung für das Haushaltsjahr 2006.

5.10. Jahresabschluss 2006 des Städtischen Abfallwirtschaftsbetriebes DS0479/07
 BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine
 Verwaltung

Der BA SAB und der Ausschuss RPB empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1726-57(IV)07

1. Der Jahresabschluss 2006 des Städtischen Abfallwirtschaftsbetriebes auf den 31. Dezember 2006 wird wie folgt festgestellt:
 - 1.1 Bilanzsumme 66.230.016,32 EUR
 - 1.1.1 davon entfallen auf der Aktivseite auf

- das Anlagevermögen	25.908.689,28 EUR
- das Umlaufvermögen	40.244.161,58 EUR
 - 1.1.2 davon entfallen auf der Passivseite auf

- das Eigenkapital	25.871.788,17 EUR
davon	
Stammkapital	5.112.918,00 EUR
Allgemeine Rücklage	16.260.097,29 EUR
Zweckgebundene Rücklage	2.567.031,54 EUR
Verlustvortrag	29.985,88 EUR
Jahresgewinn	1.961.727,22 EUR
- die empfangenen Ertragszuschüsse	0,00 EUR
- die Rückstellungen	36.365.291,30 EUR

	- die Verbindlichkeiten	3.985.770,17 EUR
1.2	Jahresgewinn	1.961.727,22 EUR
1.2.1	Summe Erträge	32.178.693,61 EUR
1.2.2	Summe Aufwendungen	30.216.966,39 EUR

2. Verwendung des Jahresgewinns

Der Jahresgewinn von 1.961.727,22 EUR wird wie folgt verwendet:

a)	zur Zuführung zur allgemeinen Rücklage EUR	i.H.v. 1.564.704,73
b)	zur Entnahme aus zweckgebundenen Rücklage EUR	i.H.v. 876.109,09
c)	Vortrag auf neue Rechnung (Verlustvortrag) EUR	i.H.v. 76.429,42
d)	zur Abführung an den Vermögenshaushalt der Stadt EUR	i.H.v. 1.349.561,00

3. Dem Betriebsleiter, Herrn Konrad Schwenke wird gemäß § 18 Eigenbetriebsgesetz die Entlastung für das Wirtschaftsjahr 2006 erteilt.

5.11. Jahresabschluss 2006 des Eigenbetriebes Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg (SFM) DS0482/07
BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen

Hierzu liegt ein Austauschblatt vor.

Der BA SFM und der Ausschuss RPB empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1727-57(IV)07

Der Jahresabschluss 2006 des Eigenbetriebes Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg (SFM) auf den 31.12.2006 wird festgestellt:

1.	Feststellung des Jahresabschlusses	
1.1.	Bilanzsumme	21.291.258,36 EUR
1.1.1.	davon entfallen auf der Aktivseite auf	
	- das Anlagevermögen	14.712.676,36 EUR
	- das Umlaufvermögen	6.565.110,48 EUR
1.1.2.	davon entfallen auf der Passivseite auf	
	- das Eigenkapital	6.491.605,46 EUR
	- Rückstellungen	3.385.929,00 EUR
	- Verbindlichkeiten	5.040.730,12 EUR
1.2.	Jahresgewinn	60.446,97 EUR
1.2.1.	Summe der Erträge	12.226.554,42 EUR
1.2.2.	Summe der Aufwendungen	12.166.107,45 EUR
2.	Verwendung des Jahresgewinns zur Tilgung des Verlustvortrages	60.446,97 EUR
3.	Der Betriebsleiterin, Frau Simone Andruscheck, wird gemäß § 18 Eigenbetriebsgesetz Entlastung erteilt.	

5.12. Jahresabschluss 2006 der Betreibergesellschaft Forschungs- und
Entwicklungszentrum Magdeburg mbH (FEZM) DS0477/07
BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1728-57(IV)07

1. Der Stadtrat nimmt den von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Anochin, Roters & Kollegen, geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2006 der FEZM zur Kenntnis.
2. Der Gesellschaftervertreter der FEZM wird angewiesen:
 - den Jahresabschluss 2006 mit einer Bilanzsumme von 3.278.749,41 EUR und einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.741,85 EUR festzustellen,

- den Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.741,85 EUR mit dem Verlustvortrag in Höhe von 221.205,93 EUR zu verrechnen und den gesamten Verlustvortrag in Höhe von 222.947,78 EUR auf neue Rechnung vorzutragen,
- dem Geschäftsführer, Herrn Dietzel, sowie dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2006 Entlastung zu erteilen,
- die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Anochin, Roters & Kollegen, zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2007 zu bestellen.

5.13. Jahresabschluss 2006 der AQB Gemeinnützige Gesellschaft für Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung mbH (AQB) DS0478/07
 BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1729-57(IV)07

1. Der Stadtrat nimmt den von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte & Touche GmbH, geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2006 der AQB zur Kenntnis.
2. Die Gesellschaftervertreter werden angewiesen:
 - den Jahresabschluss 2006 mit einer Bilanzsumme von 4.367.811,45 EUR und einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.308.333,51 EUR festzustellen,
 - den Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.308.333,51 EUR mit den von der Landeshauptstadt Magdeburg geleisteten Zuschüssen in Höhe von 1.892.000,00 EUR zu verrechnen,
 - die Rückführung der nicht verrechneten Zuschüsse der Landeshauptstadt Magdeburg in Höhe von 583.666,49 EUR an den städtischen Haushalt zu beschließen,
 - der Geschäftsführerin, Frau Ursula Fahtz, sowie dem Verwaltungsrat für das Geschäftsjahr 2006 Entlastung zu erteilen,
 - die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte & Touche GmbH zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2007 zu bestellen.

5.14. Jahresabschluss zum 31.12.2006 der P.G.M. Parkraum GmbH DS0519/07
Magdeburg

BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1730-57(IV)07

1. Der Stadtrat nimmt den von der BDO Deutsche Warentreuhand Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk mit bedingendem Zusatz versehenen Jahresabschluss der P.G.M. Parkraum GmbH Magdeburg zum 31.12.2006 zur Kenntnis.
2. Die Gesellschaftervertreter werden angewiesen:
 - den Jahresabschluss zum 31.12.2006 mit einer Bilanzsumme von 5.653.651,94 EUR und einem Jahresüberschuss in Höhe von 80.910,66 EUR festzustellen,
 - den Jahresüberschuss in Höhe von 80.910,66 EUR mit dem Verlustvortrag in Höhe von 2.513.890,30 EUR zu verrechnen und insgesamt auf neue Rechnung vorzutragen,
 - den Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2006 zu entlasten,
 - dem Geschäftsführer, Herrn Thorsten Gebhardt, für das Geschäftsjahr 2006 Entlastung zu erteilen.

5.15. MESSE- und VERANSTALTUNGSGESELLSCHAFT
MAGDEBURG GmbH
Jahresabschluss zum 31.12.2006

DS0526/07

BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1731-57(IV)07

1. Der Stadtrat nimmt den von der Deloitte & Touche GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss zum 31.12.2006 der MESSE- und VERANSTALTUNGSGESELLSCHAFT MAGDEBURG GmbH (MVGM) zur Kenntnis.
2. Die Gesellschaftervertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der MVGM werden angewiesen:
 - den Jahresabschluss zum 31.12.2006 mit einer Bilanzsumme von 13.470.057,57 EUR und einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 482.166,40 EUR festzustellen,
 - den Jahresfehlbetrag in Höhe von 482.166,40 EUR mit dem Verlustvortrag in Höhe von 4.611.277,00 EUR zu verrechnen und insgesamt auf neue Rechnung vorzutragen,
 - den Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2006 zu entlasten,
 - den Geschäftsführern, Herrn Manfred Stietzel und Herrn Hartmuth Schreiber, die Entlastung für das Geschäftsjahr 2006 zu erteilen,
 - zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2007 die Deloitte & Touche GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, zu bestellen.

5.16. Jahresabschluss 2006 der Natur- und Kulturpark Elbaue GmbH DS0404/07
(NKE)
BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1732-57(IV)07

1. Der Stadtrat nimmt den von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft WIBERA Wirtschaftsberatung AG, Niederlassung Magdeburg, geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2006 der NKE zur Kenntnis.

2. Die Gesellschaftsvertreter der NKE werden angewiesen:

den Jahresabschluss 2006 mit einer Bilanzsumme von 66.577.646,98 EUR und einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 4.922.502,35 EUR festzustellen,

den Jahresfehlbetrag in Höhe von 4.922.502,35 EUR mit den von der Landeshauptstadt Magdeburg in 2006 geleisteten Zuwendungen in Höhe von 2.214.000,00 EUR zu verrechnen,

den nicht verrechenbaren Jahresfehlbetrag in Höhe von 2.708.502,35 EUR mit dem Gewinnvortrag in Höhe von 60.174.920,73 EUR zu verrechnen und den verbleibenden Gewinnvortrag in Höhe 57.466.418,38 EUR auf neue Rechnung vorzutragen,

den Geschäftsführer, Herrn Manfred Stietzel, sowie dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2006 Entlastung zu erteilen,

die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft WIBERA Wirtschaftsberatung AG zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2007 zu bestellen.

5.17. Jahresabschluss 2006 der Magdeburger Hafen GmbH (MHG) DS0525/07
BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1733-57(IV)07

1. Der Stadtrat nimmt den von der BDO Deutsche Warentreuhand AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2006 der Magdeburger Hafen GmbH (MHG) zur Kenntnis.
2. Die Gesellschaftervertreterin der Landeshauptstadt Magdeburg in der Gesellschafterversammlung der Magdeburger Hafen GmbH (MHG) wird angewiesen:
 - den Jahresabschluss 2006 der MHG mit einer Bilanzsumme von 57.286.273,07 EUR und einem Jahresüberschuss in Höhe von 734.372,50 EUR festzustellen,
 - den Jahresüberschuss 2006 in Höhe von 734.372,50 EUR auf neue Rechnung vorzutragen und mit dem bestehenden Verlustvortrag in Höhe von 4.322.624,34 EUR zu verrechnen,
 - dem Geschäftsführer, Herrn Karl-Heinz Ehrhardt sowie dem Aufsichtsrat der MHG für das Geschäftsjahr 2006 Entlastung zu erteilen,
 - die BDO Deutsche Warentreuhand AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2007 zu bestellen.

- 5.18. Jahresabschluss 2006 des Eigenbetriebes "Städtische Seniorenwohnanlage und Pflegeheime" und Beauftragung des Wirtschaftsprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses 2007

DS0453/07

BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit

Der BA SSW und der Ausschuss RPB empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1734-57(IV)07

1. Der Jahresabschluss des Eigenbetriebes „Städtische Seniorenwohnanlage und Pflegeheime“ auf den 31.12.2006 wird festgestellt.
 - 1.1. Bilanzsumme 73.550.272,17 €
 - 1.1.1. davon entfallen auf der Aktivseite auf
 - das Anlagevermögen 69.932.156,01 €
 - das Umlaufvermögen 3.601.328,43 €
 - RAP 16.787,73 €
 - 1.1.2. davon entfallen auf der Passivseite auf
 - das Eigenkapital 13.847.959,79 €
 - SOPO aus Zuschüssen/Zuweisungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens 42.509.201,87 €
 - Rückstellungen 1.871.322,00 €
 - Verbindlichkeiten 15.318.024,21 €
 - RAP 3.764,30 €
 - 1.2. Jahresverlust -1.058.545,01 €
 - 1.2.1. Summe der Erträge 21.310.503,26 €
 - 1.2.2. Summe der Aufwendungen 22.369.048,27 €
2. Jahresergebnis
Der lt. der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.058.545,01 € ist in voller Höhe auf neue Rechnungen vorzutragen.
3. Dem Betriebsleiter, Herrn Pfeifer, wird gemäß § 18 Eigenbetriebsgesetz für das Wirtschaftsjahr 2006 die Entlastung erteilt.
4. Der Betriebsausschuss des Eigenbetriebes „Städtische Seniorenwohnanlage und Pflegeheime“ beschließt gemäß § 8 Nr. 9 Eigenbetriebsatzung den Auftrag zur Prüfung des Jahresabschlusses 2007 gem. § 131 (2) GemO LSA über das Rechnungsprüfungsamt der WIBERA Wirtschaftsberatung AG Niederlassung Magdeburg, Hegelstraße 4, 39104 Magdeburg zu erteilen.

Der BA Puppentheater und der Ausschuss FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1735-57(IV)07

1. Der Wirtschaftsplan 2008 des Eigenbetriebes Puppentheater Magdeburg wird entsprechend der Anlage wie folgt festgesetzt und beschlossen:
 - 1.1. im Bereich des Erfolgsplanes Aufwendungen und Erträge in Höhe von
 - 1.2. im Bereich des Vermögensplanes mit einem Einnahme- und Ausgabevolumen in Höhe von
 - 1.3. mit einem Höchstbetrag der Kassenkredite in Höhe von

2. Finanzielle Verpflichtungen der Landeshauptstadt Magdeburg:
 - 2.1. Die Landeshauptstadt Magdeburg zahlt dem Eigenbetrieb einen Zuschuss (Theaterbudget) zur laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von
 - 2.2. Darüber hinaus zahlt die Landeshauptstadt Magdeburg dem Eigenbetrieb einen Zuschuss aus dem Verwaltungshaushalt ... zur Deckung folgender Aufwendungen:
 - a) Abschreibungen auf das betriebsnotwendige Anlagevermögen mit Ausnahme der Grundstücke und Gebäude,
 - b) Zinsen für die dem Eigenbetrieb übertragene Restschuld in Höhe des laut Zinsplan zu zahlenden Betrages,
 - c) Leistungsverrechnung an die städtischen Ämter und Fachbereiche in Höhe der jeweils entstehenden Aufwendungen,
 - d) Beiträge zur Berufsgenossenschaft in Höhe der jeweils entstehenden Aufwendungen,
 - e) Personal- und Sachkosten der aus dem Fachbereich 01 dauerhaft übertragenen Sachbearbeiterstelle.

Im Jahr 2008 beträgt dieser Zuschuss

5.21. Wirtschaftsplan 2008 des Eigenbetriebes Kommunales
Gebäudemanagement

DS0457/07

BE: Oberbürgermeister

Der BA KGM empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1737-57(IV)07

1. Der Wirtschaftsplan 2008 des Eigenbetriebes Kommunales Gebäudemanagement wird entsprechend der Anlagen wie folgt festgesetzt und beschlossen:
 - 1.1. Im Bereich des Erfolgsplanes mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe 2.817.358 €
Aufwendungen in Höhe von 31.966.163 € und Erträge in Höhe von 29.148.805 €
 - 1.2. Im Bereich des Vermögensplanes mit einem Einnahme- und Ausgabevolumen in Höhe von 418.655,00 €
 - 1.3. Mit einem Höchstbetrag der Kassenkredite von 1.500.000 €

Die finanziellen Verpflichtungen der LH Magdeburg bestehen danach im Wesentlichen wie folgt:

- Die Landeshauptstadt Magdeburg zahlt dem Eigenbetrieb einen Zuschuss zur laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe 3.176.658 €

Dieser setzt sich wie folgt zusammen:

Betriebskostenzuschuss	2.817.358 €
------------------------	-------------

Verpflichtungen der LH MD für ATZ - Zahlungen von MA, die noch aktiv sind, deren Verträge jedoch vor dem 01.01.2007 geschlossen wurden (sh. Vermögens- plan, Ausgaben, Pkt. 8)	359.300 €
---	-----------

- Darüber hinaus realisiert der Eigenbetrieb über seine Geschäftigkeit folgende Erträge:

Nutzungsentgelte Stadt/EB	8.276.366 €
Zuweisungen für Hochbauunterhaltung, Grünpflege sowie Verkehrssicherungspflicht (Leistungen SFM)	
5.112.500 €	

- 5.22. Wirtschaftsplan 2008 des Eigenbetriebes Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg DS0414/07
BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen
-

Hierzu liegt ein Austauschblatt vor.

Der BA SFM empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1738-57(IV)07

1. Der Wirtschaftsplan 2008 des Eigenbetriebes Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg wird entsprechend der Anlagen wie folgt festgesetzt und beschlossen:
 - 1.1. Im Bereich des Erfolgsplanes mit Erträgen in Höhe von 12.078.700,00 EUR und mit Aufwendungen in Höhe von 12.078.700,00 EUR.
 - 1.2. im Bereich des Vermögensplanes mit einem Einnahme- und Ausgabevolumen in Höhe von 973.200,00 EUR
 - 1.3. mit einem Höchstbetrag des Kassenkredites von 1.500.000,00 EUR.
2. Der mittelfristige Finanzplan des Eigenbetriebes Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg wird zur Kenntnis genommen.

- 5.23. Bereitstellung von überplanmäßigen Ausgabemitteln zur DS0548/07
Bezahlung der Betriebskosten für alle schulischen Einrichtungen
BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport
-

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Vorsitzende der Fraktion future! – die jugendpartei Stadtrat Michael Stage bringt einen Änderungsantrag DS0548/07/1 ein.

Stadtrat Canehl, SPD-Fraktion, spricht sich im Namen seiner Fraktion für die Annahme des Änderungsantrages DS0548/07/1 der Fraktion future! – die jugendpartei aus.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal stellt fest, dass der Änderungsantrag DS0548/07/1 nicht im Zusammenhang zur Drucksache DS0548/07 steht und bringt den GO-Antrag – Überweisung des Änderungsantrages DS0548/07/1 in die Ausschüsse UwE, FG und BSS ein. Im Rahmen seiner weiteren Ausführungen legt er seinen Standpunkt zur Thematik da und empfiehlt der Drucksache DS0548/07 zuzustimmen.

Stadträtin Dr. Hein, Fraktion DIE LINKE, signalisiert ihre Zustimmung zum Drucksache DS0548/07 und empfiehlt, den Änderungsantrag DS0548/07/1 im Rahmen der Haushaltsberatung zu beraten.

Der Vorsitzende der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann unterstützt den Änderungsantrag DS0548/07/1 und den GO-Antrag des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper geht erläuternd auf die Grundsatzfrage der Haushaltsplanung ein.

Der Vorsitzende der Fraktion future! – die jugendpartei Stadtrat Michael Stage erklärt sich mit dem GO-Antrag des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal einverstanden.

Stadtrat Bromberg, SDP-Fraktion, stellt fest, dass der Änderungsantrag A0548/07/1 im Moment nicht haushaltsrelevant ist und unterstützt den GO-Antrag.

Nach weiterer Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß GO-Antrag des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal einstimmig:

Der Änderungsantrag DS0548/07/1 der Fraktion future! – die jugendpartei wird in die Ausschüsse UwE, FG und BSS überwiesen.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1739-57(IV)07

Zur Begleichung der unterfinanzierten Betriebskosten an allen schulischen Einrichtungen werden zusätzlich zu den monatlich geleisteten Vorauszahlungen Mittel in Höhe von 1.761.094,79 EUR bereitgestellt (incl. der Nachzahlung in Höhe von 303.341,64 EUR).

Die Deckungsquellen sind:

1. aus dem UA 1.88300.540100.3 – Bewirtschaftungskosten/Wärmekosten in Höhe von 716.953,15 EUR
2. Gastschulbeiträge (div. UA 162000) – zzt. Mehreinnahmen in Höhe von 268.000,00 EUR
3. Mehreinnahmen Schlüsselzuweisungen FAG – Spitzabrechnung Vorjahr – in Höhe von 776.141,64 EUR.

- 5.24. Dringlichkeitsliste zur Verbesserung der Barrierefreiheit in der DS0467/07
Landeshauptstadt Magdeburg - Stand September 2007
BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit
-

Die Ausschüsse BSS, FuG, GeSo und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Stadträtin Paqué, FDP-Fraktion, dankt der Verwaltung für die vorgelegte Drucksache DS0467/07, macht aber auf Defizite gemäß der Anlage 1, aufmerksam und wünscht sich, diese in Zukunft zu berücksichtigen. In diesem Zusammenhang dankt sie dem Behindertenbeauftragten der Landeshauptstadt Magdeburg Herrn Pischner für die konstruktive Zusammenarbeit.

Stadtrat Dr. Hildebrand, Fraktion DIE LINKE, unterstützt und ergänzt die Ausführungen der Stadträtin Paqué und verweist u.a. darauf, dass die guten Erfolge bei der Verbesserung der Barrierefreiheit in Magdeburg dem Behindertenbeauftragten Herrn Pischner zu verdanken sind.

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, legt seinen Standpunkt zum Problematik Provisorium in der Volkshochschule dar und lobt ebenfalls die Arbeit des Behindertenbeauftragten der Stadt Magdeburg Herrn Pischner.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 1744-57(IV)07

1. Der Stadtrat beschließt die Tabellen 1 und 2 der in der Anlage beigefügten überarbeiteten Dringlichkeitsliste zur Verbesserung der Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderungen in Magdeburg als grundsätzliche konzeptionelle Orientierung für die Arbeit der Stadtverwaltung auf den Gebieten von Stadtplanung, Bau- und Verkehr, Schulentwicklung sowie der Weiterentwicklung der kulturellen und touristischen Infrastruktur.
Die Tabellen 3 und 4 nimmt der Stadtrat zur Kenntnis.
2. Die Dringlichkeitsliste bezieht sich auf einen mittelfristigen Zeithorizont von ca. 5 bis maximal 10 Jahren.
3. Die Dringlichkeitsliste ist alle drei Jahre zu aktualisieren und den Erfordernissen entsprechend fortzuschreiben.
4. In den Haushaltsplänen werden die Maßnahmen zur Verbesserung der Barrierefreiheit besonders gekennzeichnet.

- 5.25. Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe gemäß § 97 (1) DS0530/07
 der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt für die
 Einleitung von Oberflächenwasser
 BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
-

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper beantwortet die Nachfrage der Stadträtin Frömert, Fraktion DIE LINKE, bezüglich der Deckung der benötigten Mittel.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1741-57(IV)07

1. Für die Haushaltsstelle 1.63000.543000.7 – sonstiger Energiebedarf, Niederschlagswasser wird

eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 644.432,66 € beschlossen.

2. Die Deckung erfolgt:

- in Höhe von 351.000,00 € aus der Einsparung von Haushaltsmitteln aus den Haushaltsstellen 63000 und 60200 des Deckungskreises Personalkosten (DKPK4)

- in Höhe von 293.432,66 € aus der Haushaltsstelle 1.84500.175000.6, Rückzahlungen von öffentlichen wirtschaftlichen Unternehmen - AQB

- 5.26. Straßenname DS0370/07
 BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
-

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 1742-57(IV)07

Der Stadtrat beschließt die Benennung der Erschließungsstraße im Gewerbegebiet am August-Bebel-Damm als

Hamburger Damm

5.27. Abwägung zum Entwurf der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 353-1 "Wanzleber Chaussee / Königstraße" (Birngarten) DS0397/07
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1743-57(IV)07

1. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und der frühzeitigen Beteiligung der Behörden, der sonstigen Träger öffentlicher Belange und der Verbände gemäß § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen wurden vom Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr am 24.05.2007 (Beschluss-Nr. StBV203-35(IV)07) beschlossen und bedürfen keiner erneuten Beschlussfassung.

2. Während der öffentlichen Auslegung des Entwurfes gingen keine Stellungnahmen ein. Die von den Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange während der Beteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB zum Entwurf der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 353-1 "Wanzleber Chaussee / Königstraße" (Birngarten) abgegebenen Stellungnahmen hat der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg gemäß § 1 Abs. 7 und § 3 Abs. 2 BauGB mit folgendem Ergebnis geprüft:

3. Der Berücksichtigung von Anregungen entsprechend dem Abwägungsergebnis wird zugestimmt. Die Abwägung, Anlage zur Drucksache, wird gebilligt. Einzelbeschlüsse sind nicht erforderlich, womit die Benachrichtigung der Ergebnisse der Abwägung unter Angabe der Gründe gemäß § 3 Abs. 2 BauGB entfällt..

5.28. Satzung zur 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 353-1 "Wanzleber Chaussee / Königstraße" (Birngarten) DS0398/07

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 39 Ja-, 2 Neinstimmen und 3 Gegenstimmen:

Beschluss-Nr. 1744-57(IV)07

1. Aufgrund des § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Neufassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I, S. 2414), in der zuletzt geänderten geltenden Fassung, und § 6 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt vom 05.10.93 (GVBl. S. 568), in der zuletzt geänderten geltenden Fassung, hat der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg amdie 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 353-1 „Wanzleber Chaussee / Königstraße“ (Birngarten), bestehend aus der Planzeichnung (Planteil A) und dem Text (Planteil B) als Satzung beschlossen.

Die Begründung und die zusammenfassende Erklärung gemäß § 10 Abs. 4 BauGB werden gebilligt.

2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Beschluss über die Satzung gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. Mit der ortsüblichen Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan in Kraft.

5.29. Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 103-5 "Südlich Burger Straße / Ihleburger Straße" DS0413/07

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die Ausschüsse StBV und UwE empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1745-57(IV)07

1. Gemäß § 1 Abs. 3 Satz 1 und § 2 Abs. 1 Satz 1 BauGB soll für das Gebiet, welches umgrenzt wird:

- im Norden von der Südseite der Bürger Straße (Flurstücke 10312, 10261, 10186),
- im Osten von der Westseite der Flurstücke 10153, 906/65 und 916/65 und der Südseite des Flurstückes 916/65 (Grundstück des technischen Polizeiamtes August-Bebel-Damm 19), von der Südseite der Flurstücke 10144 und 916/65, von Nordseite der Flurstücke 10140, 10139 und 51/19 sowie von der Ostseite des Flurstückes 51/19,
- im Süden von der Südseite der Flurstücke 51/19, 10139, 10140 und 10188,
- im Westen von der Westseite der Flurstücke 10188 und 10262.

ein Bebauungsplan aufgestellt werden. Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, welcher Bestandteil dieses Beschlusses ist, dargestellt.

2. Es werden folgende Planungsziele angestrebt: Das Plangebiet soll als Gewerbegebiet entwickelt werden. Zentrenrelevanter Einzelhandel soll dabei weitgehend ausgeschlossen werden. Die verkehrliche Erschließung soll vom Knoten Bürger Straße / Ihleburger Straße aus über eine neue öffentliche Straße in Verlängerung der Ihleburger Straße erfolgen. Die mögliche Qualifizierung der vorhandenen Grundstückszufahrt von August-Bebel-Damm aus ist im Planverfahren zu untersuchen. Im nördlichen Teilbereich sollen Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft festgesetzt werden. Der Bebauungsplan wird aus dem Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Magdeburg entwickelt. Im Flächennutzungsplan ist der Bereich als gewerbliche Baufläche und als Grünfläche ausgewiesen.
3. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB soll nach ortsüblicher Bekanntmachung durch 14-tägige Offenlegung des Aufstellungsbeschlusses, begleitet durch Sprechstunden während der Dienstzeiten, im Stadtplanungsamt Magdeburg und durch eine Bürgerversammlung erfolgen.

5.30. Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 402-1 "Westlich Leipziger DS0416/07
 Straße / Magdeburger Ring"

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Hierzu liegt ein Austauschblatt vor.

Die Ausschüsse StBV und UwE empfehlen die Beschlussfassung.

Der Vorsitzende der Fraktion future! – die jugendpartei Stadtrat Michael Stage votiert dafür, zur Rettung des Kristallpalastes die Drucksache DS046/07 zurück in den Ausschuss StBV zu überweisen und bringt einen entsprechenden GO-Antrag ein.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern spricht sich gegen den GO-Antrag und der Vorsitzende der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann für den GO-Antrag aus.

Nach eingehender Diskussion wird der GO-Antrag des Vorsitzenden der Fraktion future! – die jugendpartei Stadtrat Michael Stage – Überweisung der Drucksache DS0416/07 in den Ausschuss StBV – vom Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Jastimmen **abgelehnt**.

Im Rahmen der weiteren Diskussion begründet der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Marx die vorliegende Drucksache DS0416/07.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1746-57(IV)07

1. Gemäß § 1 Abs. 3 Satz 1 und § 2 Abs. 1 Satz 1 BauGB sowie § 13 BauGB soll für das Gebiet, welches umgrenzt wird:

- im Norden durch die Südgrenze der Halberstädter Straße,
- im Osten durch die Westgrenze der Leipziger Straße,
- im Süden durch die Nordgrenze des Fermersleber Weges,
- im Westen durch die Ostgrenze des Magdeburger Ringes (Fahrbahnbegrenzung),

ein einfacher Bebauungsplan aufgestellt werden.

Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, welcher Bestandteil dieses Beschlusses ist, dargestellt.

2. Es werden folgende Planungsziele angestrebt:

Der Bebauungsplan soll ausschließlich Festsetzungen nach § 9 Abs. 2a BauGB zur Erhaltung und Entwicklung des Stadtteilzentrums Halberstädter Straße und des zentralen Nahversorgungsbereiches Semmelweisstraße enthalten.

Der Bebauungsplan wird aus dem Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Magdeburg entwickelt. Im Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Magdeburg ist der Bereich als Wohnbaufläche und gemischte Baufläche dargestellt.

3. Von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung wird gemäß § 13 Abs. 1 Nr. 1 BauGB abgesehen.

Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung soll nach ortsüblicher Bekanntmachung des Beschlusses durch 14tägige Offenlegung der Planungsabsichten, begleitet durch Sprechstunden während der Dienstzeiten im Stadtplanungsamt Magdeburg, An der Steinkuhle 6, erfolgen

Hierzu liegt ein Austauschblatt vor.

Die Ausschüsse StBV und UwE empfehlen die Beschlussfassung.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, merkt bezüglich des vorliegenden Austauschblattes der Verwaltung an, dass dies eigentlich in Form eines Änderungsantrages des Oberbürgermeisters hätte eingebracht werden müssen.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1747-57(IV)07

1. Gemäß § 1 Abs. 3 Satz 1 und § 2 Abs. 1 Satz 1 BauGB sowie § 13 BauGB soll für das Gebiet in der Flur 364, welches im Uhrzeigersinn umgrenzt wird:

durch die Westgrenze des Flurstücks 1066, die Südgrenze des Krokusweges, die Ostgrenze des Flurstücks 1021/3, verlängert bis zur Südgrenze des Kirschwegs und dieser folgend, der Ostgrenze der Flurstücke 3045/1 und 3048, der Nordgrenze des Quittenwegs, der Westgrenze der Galileostraße, der Nordgrenze des Neptunwegs, der Westgrenze des Flurstücks 3040/1, verlängert bis zur Nordgrenze von 3038, der Westgrenze des Flurstücks 3036, verlängert bis zur Nordgrenze von 3033, der Westgrenze der Flurstücke 3029 und 3025/2, der Süd- und der Westgrenze des Flurstücks 1030/2, der Westgrenze der Flurstücke 1029/3, 1028/3 und 6280/628, der Südgrenze des Kirschwegs (gewidmete Straßenfläche) bis zur Ostgrenze der Hermann-Hesse-Straße, nach Norden abknickend und zum Ausgangspunkt führend,

ein einfacher Bebauungsplan aufgestellt werden.

Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, welcher Bestandteil dieses Beschlusses ist, dargestellt.

2. Es werden folgende Planungsziele angestrebt:

Der Bebauungsplan soll ausschließlich Festsetzungen nach § 9 Abs. 2a BauGB enthalten. Die an der Otto-Baer-Straße vorhandenen Einkaufs- und Dienstleistungseinrichtungen sind im Märktekonzept als Nahversorgungsbereich für das Wohngebiet definiert. Dieser zentrale Versorgungsbereich soll in seinem Bestand gesichert werden. Der Bebauungsplan wird aus dem Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Magdeburg entwickelt. Im Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Magdeburg ist der Bereich als Wohnbaufläche und gemischte Baufläche dargestellt.

3. Von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung wird gemäß § 13 Abs. 1 Nr. 1 BauGB abgesehen.

Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung soll nach ortsüblicher Bekanntmachung des Beschlusses durch 14tägige Offenlegung der Planungsabsichten, begleitet durch Sprechstunden während der Dienstzeiten im Stadtplanungsamt Magdeburg, An der Steinkuhle 6, erfolgen.

5.32.	Wirtschaftsplan 2008, Barmittelübersicht und Mittelfristiger Finanzplan 2008-2012	DS0470/07
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr		

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages DS0470/07/1.

Es liegt weiterhin der Änderungsantrag DS0470/07/2 der SPD-Fraktion vor.

Gemäß Änderungsantrag DS0470/07/2 der SPD-Fraktion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Der Beschlusstext wird wie folgt ergänzt:

3. Im mittelfristigen Finanzplan 2009 bis 2012 sind die Mittel für private Modernisierungen vorbehaltlich ihrer Beantragung zu Lasten anderer Mittel um mindestens 250.000 € zu erhöhen.
4. Über eine Bewilligung der privaten Maßnahmen wird im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr entschieden.

Mit der Beschlussfassung zum Änderungsantrag DS0470/07/2 der SPD-Fraktion hat sich eine Abstimmung zum Änderungsantrag DS0470/07/1 des Ausschuss StBV erübrigt.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des Änderungsantrages DS0470/07/2 der SPD-Fraktion einstimmig:

Beschluss-Nr. 1748-57(IV)07

1. Der Stadtrat beschließt den Wirtschaftsplan 2008 als Grundlage für die weitere Arbeit im Sanierungsgebiet Buckau.
2. Für die Maßnahmen
 - a) Neubau Sporthalle
 - b) Mitteldeutsches Figurentheater
 - c) Gruson-Gewächshäuser
 sind entsprechende Grundsatzbeschlüsse durch die Verwaltung zu erarbeiten und durch den Stadtrat bestätigen zu lassen.
3. Im mittelfristigen Finanzplan 2009 bis 2012 sind die Mittel für private Modernisierungen vorbehaltlich ihrer Beantragung zu Lasten anderer Mittel um mindestens 250.000 € zu erhöhen.

4. Über eine Bewilligung der privaten Maßnahmen wird im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr entschieden.

5.33. Bildung eines Festungsbeirates DS0476/07
 BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal nimmt zur Chronologie der Beschlusslage Bildung eines Festungsbeirates umfassend Stellung. In diesem Zusammenhang macht er kritische Anmerkungen zur Nichtumsetzung von Stadtratsbeschlüssen zu Anträgen von Fraktionen, insbesondere zu ihrem Antrag A0035/01 – Bildung eines Festungsbeirates.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper verweist bezüglich der kritischen Anmerkungen des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal auf das Ratsinformationssystem, in dem seit September 2006 der elektronische Baustein der Beschlusskontrolle installiert wurde und spricht sein Bedauern für die Nichtumsetzung des Stadtratsbeschlusses zum Antrag A0035/01 aus.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 1749-57(IV)07

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Verein "Freunde der Festung Magdeburg e.V." mit der Bildung eines "Beirates für Festungsanlagen" zu betrauen.

5.34. Öffentliche Auslegung Bebauungsplan Nr. 349-2 "Am Jungfernberg" DS0480/07
 BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper betont, dass die vorliegende Drucksache DS0480/07 die Grundlage für die Entstehung eines gemeinsamen Gewerbegebiet mit der Gemeinde Osterweddingen und damit dem Bau eines Glaswerkes bildet.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1750-57(IV)07

1. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 349-2 „Am Jungfernberg“ und die Begründung werden in der vorliegenden Fassung gebilligt.
2. Der Entwurf des Bebauungsplanes und die dazugehörige Begründung sind gemäß § 3 Abs. 2 Satz 1 für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung sind gemäß § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB ortsüblich bekanntzumachen. Die Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 3 Abs. 2 Satz 3 BauGB über die öffentliche Auslegung zu benachrichtigen.

6. Einwohnerfragestunde

Gemäß § 27 Abs. 2 Gemeindeordnung LSA führt der Stadtrat zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge übernimmt die Sitzungsleitung.

6.1 Lothar Tietge, Lentkestraße 18 c, 39116 Magdeburg

Aus einer Pelztierfarm im Jerichower Land sind Ende Oktober tausende Minks entlaufen. In der Volksstimme vom 24. November war zu lesen, dass Minks in Magdeburg gesichtet wurden. Desweiteren soll eine Population von Minks seit den 90er Jahren hier zu Hause sein.

Wie die Volksstimme berichtet, werden im Tierheim abgegebene Minks an die so genannte Pelztierfarm abgegeben, in der sie dann eine grausame Gefangenschaft bis zum Tod mit Häutung erwartet. Das Veterinäramt behauptet, es sei zur Abgabe rechtlich verpflichtet.

Wie unterscheidet das hiesige Veterinäramt, dass abgegebene Minks aus der Pelztierfarm und nicht aus der hiesigen Population sind?

Die befreiten Minks wurden nicht bis nach Magdeburg verfolgt. Somit sind sie wilde Tiere, die die Freiheit erlangt haben und nach § 960 Abs. 2 BGB herrenlos. Weshalb gibt das Veterinäramt herrenlose wilde Tiere an eine Pelztierfarm ab?

Wie viele dieser Tiere wurden bereits abgegeben und erhielt die Stadt hierfür eine Zahlung von der Pelztierfarm?

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

6.2 Ralf-Rainer Thiem, Telemann-Str. 8, 39106 Magdeburg

Welche Aktivitäten hat die Stadt vorbereitet, um am Heiligen Abend bzw. 1. Weihnachtsfeiertag alten, einsamen Menschen bzw. armen, bedürftigen Personen, insbesondere Kindern und Jugendlichen, in unserer Stadt Hilfe anzubieten? Hierbei denke ich nicht so sehr an die materiellen Dinge als vielmehr an die menschliche Zuwendung.

Antwort der Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker:

Frau Bröcker verweist auf eine Vielzahl von Aktivitäten für bedürftige Personen, die auch von Vereinen und Verbänden in eigener Regie durchgeführt werden.

7. Anfragen an die Verwaltung

7.1 Schriftliche Anfrage F0231/07 des Stadtrates Oliver Müller, Fraktion DIE LINKE

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister

In Konkretisierung der Anfrage F0145/07 an die Verwaltung möchte ich im Kontext der S0194/07 folgende Nachfrage stellen:

1. **Wie hoch ist die durchschnittliche Bezuschussung der Stadt pro Kind bei pauschaler Finanzierung und bei Kostenerstattung?** (Bitte jeweils für die Zeit seit Beginn des Übertragungsprozesses nach Jahresscheiben getrennt angeben.)
Gerade weil die Gefahr besteht, dass die Kostenerstattung teurer ist, erscheint mir eine qualifizierte Antwort notwendig. (Die in der S0194/07 dazu gegebene Antwort betrachte ich als unbefriedigend und bitte um entsprechende Nachbesserung.)
2. **Wie hoch beläuft sich der Anteil für Verwaltungstätigkeit (Overhead-Kosten) durchschnittlich?** (Bitte jeweils für die Zeit seit Beginn des Übertragungsprozesses nach Jahresscheiben getrennt angeben.)
Auch diese in der S0194/07 gegebene Antwort kann nicht befriedigen. Natürlich interessieren mich als Stadtrat der LH Magdeburg in erster Linie die Verwaltungskosten, die der Stadtverwaltung entstehen. Um einen tatsächlichen Überblick in dieser Frage gewinnen zu können, erscheint es mir des Weiteren notwendig, sowohl Angaben zu den durch den Übertragungsprozess selbst hervorgerufenen Verwaltungskosten zu bekommen als auch Angaben zu den Kosten des Verwaltungsaufwandes in der Stadtverwaltung nach der Übertragung der Einrichtungen. Immerhin war ein wesentlicher Faktor der Übertragung der Kindertageseinrichtungen an freie Träger die seitens des Oberbürgermeisters prognostizierte Kostenersparnis für die Stadt.

3. **Auf welche Höhe beläuft sich die Kostenersparnis der Stadt nach Übertragung aller Kindertageseinrichtungen an freie Träger?** (Bitte jeweils für die Zeit nach Übertragung aller Einrichtungen angeben.)

Ich bitte um kurze mündliche und eine schriftliche Stellungnahme.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung

7.2 Schriftliche Anfrage F0236/07 des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

ich bitte um Auskunft zur aktuellen Situation der Sanierungsvorhaben am Grundschulstandort „Am Glacis“, die augenblicklich in Verzug geraten sind und im Kontext gefasster Stadtratsbeschlüsse konträr erscheinen.

Welcher zeitliche Sanierungsablauf ist vorgesehen?

Welche evt. Kostenersparnisse aus möglichen Bau-Synergieffekten der benachbarten Grundschulen können noch erreicht werden bzw. welche nicht?

Ich bitte um mündliche bzw. schriftliche Beantwortung.

Antwort des Oberbürgermeisters Dr. Trümper:

Der Oberbürgermeister verweist in seiner Beantwortung auf entsprechende Recherchen der „Volksstimme“ für eine ausführliche Berichterstattung in der Presse. Er geht auf die Bemühungen der Stadtverwaltung ein, vor dem Hintergrund fehlender finanzieller Mittel für eine gemeinsame Sanierung, im Zusammenwirken mit den Bauministerium eine Lösung zu finden. Im Weiteren informiert er detailliert über das durchgeführte Antragsverfahren und legt insbesondere dar, dass erst mit der Genehmigung des Landesverwaltungsamtes die Sanierungsmaßnahme realisiert werden kann. Um eine mögliche Rückzahlung von Fördermitteln zu vermeiden, sei es wichtig zu beachten, den Maßnahmebeginn fristgerecht entsprechend der Genehmigung vorzunehmen. Er sagt zu, sich für eine Beschleunigung des Verfahrens einzusetzen, verweist jedoch darauf, dass sich auf Grund der Prüfung zur Bereitstellung von EFRE-Fördermitteln Verzögerungen ergeben, welche akzeptiert werden müssen. Die Durchführung der Sanierungsmaßnahme wird jedoch im kommenden Jahr erfolgen.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Ansoerge wird die ausreichende mündliche Beantwortung der Anfrage durch den Antragsteller bestätigt.

7.3 Schriftliche Anfrage F0219/07 des Stadtrates Schindehütte, CDU-Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

wie zurzeit vermehrt in den Medien berichtet wird, kommt es immer wieder im Bereich von Schultoiletten zu sexuellen Belästigungen und Übergriffen an Kindern.

Aus diesem Grund habe ich folgende Fragen:

Wie ist es um die Sicherheit von Schülerinnen und Schülern, die während des Unterrichtes eine Toilette außerhalb von Schulgebäuden aufsuchen müssen, bestellt?

Welche Schlussfolgerungen werden aus dem jüngsten Vorfall im Polizeibereich Gotha gezogen?

Neben einer kurzen mündlichen Beantwortung der Anfrage, bitte ich um eine schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Beigeordneten für Kultur, Schule und Sport Herrn Dr. Koch:

Der Beigeordnete IV Herr Dr. Koch legt dar, dass solche Vorkommnisse in der Stadt Magdeburg nicht bekannt sind. Er verweist darauf, dass grundsätzlich die Fürsorge- und Aufsichtspflicht den Lehrerinnen und Lehrern obliegt und für die Pflichterfüllung der Schulleiter die Verantwortung trägt.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung

7.4 Schriftliche Anfrage F0222/07 des Stadtrates Löhr, SPD-Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Mit Beschluss-Nr. 1210-39(IV)06, hat der Stadtrat den Oberbürgermeister beauftragt, eine Anbindung der Dodendorfer Straße an die Buslinienverbindung mit Haltestelle Technikmuseum von April bis November zu prüfen. Da bis jetzt diesbezüglich noch keine Aktivitäten erkennbar waren, ergeben sich für mich folgende Fragen:

1. Welches Ergebnis hat diese Prüfung ergeben?
2. Wenn bisher noch keine Prüfung erfolgt sein sollte, welche Gründe bestehen hierfür?

Ich bitte um die Beantwortung der Fragen nach § 8 der Geschäftsordnung.

Mit einer schriftlichen Beantwortung erkläre ich mich einverstanden.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Marx:

Der Beigeordnete VI informiert im Ergebnis einer durchgeführten Recherche zu den aktuellen Besucherzahlen für die Jahre 2000 und folgende. Hierbei ist festzustellen, dass die Besucherzahlen rückläufig sind und nicht ausreichen, eine zusätzliche Bushaltestelle einzurichten.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung

Nachfrage Stadtrat Löhr

Wenn sich im Ergebnis der Recherchen ergeben hat, dass die Realisierung einer zusätzlichen Bushaltestelle nicht erfolgen kann stellt sich die Frage, wieso der Stadtrat darüber nicht informiert wurde?

Der Beigeordnete VI sagt hierzu ebenfalls die schriftliche Information zu.

7.5 Schriftliche Anfrage F0227/07 des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

kürzlich fand in Magdeburg ein sogenannter „Tierheimstammtisch“ statt. Dort wurde u.a. auch über die Spendenpraxis der Stadt bzgl. des Tierheimspendekontos diskutiert. Es wurde die Vermutung geäußert, dass auf dem Tierheimspendekonto bei der Stadt eingehende Spenden nicht im Tierheim ankommen bzw. zur Verwendung bereit stehen.

Wir fragen deshalb an:

1. Welche Summen gingen in den Jahren 2005, 2006 und bislang für 2007 auf dem Tierheimspendekonto bei der Stadt ein?
2. Wie wurden diese Mittel verwendet?
3. Hat das Eingehen von Spenden Einfluss auf die seitens der Stadt aufgewandten Mittel?

Wir bitten, wenn möglich, um mündliche Beantwortung der Anfragen. Sollte die mündliche Beantwortung nicht in ausreichender Form möglich sein, so bitten wir um ausführliche schriftliche Beantwortung im Nachgang zur Stadtratssitzung.

Antwort des Beigeordneten für Finanzen und Vermögen Herrn Zimmermann:

Der Beigeordnete II verweist in seiner Beantwortung darauf, dass die Spendengelder nicht in den Zuschuss des städtischen Haushalts einbezogen werden, aber indirekt den städtischen Haushalt entlasten, da diese Gelder direkt an das Tierheim weitergereicht werden. Im Weiteren informiert er über die Höhe der eingegangenen Spendengelder in den Jahren 2005 bis 2007 und über die im Gegenzug erfolgten Ausgaben an das städtische Tierheim.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Ansorge wird die ausreichende Beantwortung durch den Fragesteller bestätigt.

7.6 Schriftliche Anfrage F0223/07 der Stadträtin Wübbenhorst, SPD-Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Nach Angaben des Landeskriminalamtes hat die Gesamtzahl der Umweltstraftaten im Bereich der unerlaubten Abfallentsorgung zugenommen und wird voraussichtlich weiter zunehmen. Grund seien vielmals die zu hohen Müllgebühren. Mit der Neufassung unserer Abfallgebührensatzung und den damit verbundenen gestiegenen Gebühren wurde die Zunahme derartiger illegaler Abfallentsorgungen befürchtet.

In diesem Zusammenhang ergeben sich für mich folgende Fragen:

1. Hat die illegale Müllentsorgung im Stadtgebiet Magdeburg seit Neufassung der Gebührensatzung zugenommen?
2. Handelt es sich um Abfälle, deren Entsorgung sich durch die Neufassung der Abfallgebührensatzung verteuert hat?
3. Welche Kosten entstehen der Stadt Magdeburg bei der Entsorgung illegaler Müllablagerungen im Jahr?

Ich bitte um die Beantwortung der Fragen nach § 8 der Geschäftsordnung.

Mit einer schriftlichen Beantwortung erkläre ich mich einverstanden.

Antwort des Beigeordneten für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herrn Platz:

Der Beigeordnete I nimmt Bezug auf den erwähnten Bericht des Landeskriminalamtes und macht darauf aufmerksam, dass in diesem Bericht ausdrücklich darauf hingewiesen wird, dass der benannte Trend der illegalen Müllentsorgung auf große Städte wie Magdeburg und Halle nicht zutrifft.

In seinen weiteren Ausführungen informiert er über die in den Jahren 2005 bis 2007 festgestellten Größenordnungen an illegalen Müllentsorgungen und legt dar, dass er auf Grund dieser Vergleichswerte signifikante Entwicklungen bzw. Zusammenhänge mit der Erhöhung der Müllgebühr nicht erkennen kann.

Bezugnehmend auf Frage 2 informiert er, dass es sich bei ca. 90 % der illegalen Müllentsorgung um Restabfälle handelt, wobei die Gebühr für die Entsorgung dieser Restabfälle um 4,2 % gestiegen ist.

Hinsichtlich der entstehenden Kosten für die Entsorgung der illegalen Müllablagerungen informiert er über die Höhe der aufgewendeten Mittel in den Jahren 2005 bis 2007.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Ansorge wird die ausreichende Beantwortung durch die Anfragestellerin bestätigt.

7.7 Schriftliche Anfrage F0228/07 des Stadtrates Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

am 15.03.2007 befasste sich der Stadtrat mit dem Antrag A 0036/07 "Parkplatz Sternbrücke". Intention des Antrages war die Schließung des unbefestigten Parkplatzes zwischen Sternbrücke und Schleinufer. Der Baubeigeordnete Herr Marx äußerte damals die Behauptung, diesem Ansinnen würde seitens der Verwaltung bereits Rechnung getragen und der Antrag demnach als erledigt betrachtet werden kann (siehe Niederschrift Stadtrat vom 15. 03.07). Nur aufgrund dieser Zusage wurde der Antrag damals zurückgezogen. Bis heute hat sich an der Situation vor Ort allerdings nichts verändert.

Daher fragen wir die Verwaltung:

1. Weshalb wurde das Provisorium des unbefestigten Parkplatzes zwischen Schleinufer und Sternbrücke entgegen der Zusage des Baubeigeordneten bisher nicht geschlossen?

2. Wann erfolgt die Schließung?

3. Ab wann erfolgt die kostenpflichtige Nutzung der westlich unterhalb davon gelegenen Parkflächen auf dem Areal des ehemaligen Elbebahnhofes?

4. Welche Nutzung schlägt die Verwaltung für die bisher als Parkplatz genutzte Fläche vor?

Wir bitten um mündliche Beantwortung der Anfrage in der Stadtratssitzung am 06.12.07.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Marx:

In seinen Ausführungen informiert der Beigeordnete VI Herr Marx zunächst über die auf diesem Areal vorgesehenen archäologischen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Freilegung des Künettengrabens in den nächsten Jahren. Seitens der Verwaltung wurde vorgesehen, bis zum Beginn der archäologischen Aktivitäten den Parkplatz für die Nutzung durch die Bürger freizuhalten.

Hinsichtlich der Anfrage zur kostenpflichtigen Nutzung der Parkflächen auf dem Areal des ehemaligen Elbebahnhofes führt er weiterhin aus, dass eine kostenpflichtige Umgestaltung nicht erfolgen kann, da entsprechend der Förderrichtlinien eine kostenfreie Nutzung dieses Parkgeländes gesichert sein muss.

Zum Hinweis des Stadtrates Herbst auf die noch fehlende Aussage hinsichtlich des Zeitraums der Schließung des Provisoriums und die Hintergründe für die Aussage, dass die Verwaltung an der seitens seiner Fraktion beantragten Schließung der wilden Parkfläche arbeiten würde, legt der Beigeordnete VI Herr Marx dar, dass die Thematik der weiteren Nutzung der Parkfläche in seinem Dezernat umfassend diskutiert wurde. Auf Grund der Tatsache, dass diese Fläche stets gut genutzt wird und der bestehenden Parksituation in der Innenstadt wurde entschieden, diese Fläche weiterhin für eine Parknutzung zur Verfügung zu stellen bis zum Beginn der archäologischen Maßnahmen.

Ergänzende Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Der Oberbürgermeister führt ergänzend aus, dass seitens der Bauverwaltung die Schließung der Parkfläche für die Durchführung archäologischer Maßnahmen vorgesehen war, aber auf Grund fehlender finanzieller Mittel im Stadtrat beschlossen wurde, keine archäologischen Maßnahmen mehr vorzunehmen und diese Beschlusslage zur derzeit bestehende Situation geführt hat.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Ansorge wird die ausreichende Beantwortung durch die Anfragestellerin bestätigt.

7.8 Schriftliche Anfrage F0235/07 des Stadtrates Brüning, Fraktion DIE LINKE:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Sie haben uns mit Ihrer Unterschrift unter die „Jenaer Erklärung“ überrascht, die mit Sicherheit Folgen für die Arbeit der Stadtverwaltung und des Stadtrates haben wird. Bitte teilen Sie uns mit, welche das sein werden.

Ich bitte um mündliche bzw. schriftliche Beantwortung.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Der Oberbürgermeister informiert über die Einladung des Jenaer Oberbürgermeisters an die Städte aus den Ländern Mitteldeutschlands und legt dar, dass eine Beteiligung entsprechender Gremien bzw. des Stadtrates nicht erforderlich sei, da es sich hierbei um ein Abstimmungsgremium von Oberbürgermeistern ohne Beschlusscharakter handelt. Zielstellung ist dabei, sich zu bestimmten Maßnahmen, welche keine finanziellen Auswirkungen haben dürfen, aber zu einem gemeinsamen Agieren der Städte führen, abzustimmen. Beispielsweise wurde die Frage von gemeinsamen internationalen Messeauftritten der Städte Mitteldeutschlands diskutiert. Wenn sich im Rahmen dieser Treffen Sachverhalte ergeben, zu denen eine

Beschlussfassung erforderlich ist, wird dies natürlich in den entsprechenden Gremien zu beraten und in den jeweiligen Stadträten der Städte zu beschließen sein.

Zur Auffassung des Stadtrates Brüning, dass die Ergebnisse dieses Abstimmungsgremiums auch zu konkreten Aufgaben führen müssen, informiert der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper, dass dies auch so vorgesehen sei und dann auch der Stadtrat entsprechend beteiligt wird.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Ansorge wird die ausreichende Beantwortung durch die Fragestellerin bestätigt.

Die schriftlich vorliegenden Anfragen F0226/07, F0229/07, F0230/07, F0221/07, F0225/07, F0224/07 und F0233/07 werden schriftlich von der Verwaltung beantwortet.

8. Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge

8.1.	Bürgerversammlung Reform	A0177/07
	SR Bork, Dr. Zimmer und Boeck Fraktion DIE LINKE	

Stadtrat Boeck, Fraktion DIE LINKE, bringt den Antrag A0177/07 ein.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper geht klarstellend zum Verfahren und zum Inhalt der Bürgerversammlung in Reform ein. Er betont, dass die dabei geschilderten Probleme nicht die Stadt tangieren sondern die Wohnungsbaugesellschaften und –genossenschaften. Er lehnt daher den Antrag A0177/07 ab.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Jastimmen und Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1751-57(IV)07

Der Antrag A0177/07 der Fraktion DIE LINKE –

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis zum Frühjahr 2007 eine Bürgerversammlung für den Stadtteil Reform in angemessenen Räumlichkeiten durchzuführen. Zur Versammlung sind die im Stadtteil aktiven Wohnungsgesellschaften /-genossenschaften zwecks Erörterungen zur städtebaulichen Weiterentwicklung des Wohngebietes sowie die MVB in Bezug auf die Trassenverlängerung einzuladen.

Pläne zur städtebaulichen Entwicklung Reforms sind bereits vorab zur Einsichtnahme im Bürgerbüro auszulegen bzw. im Internet zum Download bereitzustellen. –

wird **abgelehnt**.

8.2.	Vernetzung / Bündelung der Magdeburger Stadtrechtsaktivitäten	A0180/07
CDU - Fraktion und Fraktion BfM		

Stadtrat Veil, CDU-Fraktion, bringt den Antrag A0180/07 und den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0180/07 in den Ausschuss K – ein, der durch Stadtrat Dr. Schmidt um die Ausschüsse KRB und FG ergänzt wird.

Gemäß erweiterten GO-Antrag des Stadtrates Veil, CDU-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0180/07 wird in die Ausschüsse K, KRB und FG überwiesen.

8.3. Würdigung von Preisträgern A0181/07
 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt den Antrag A0181/07 und den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0181/07 in die Ausschüsse K und StBV – ein.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0181/07 wird in die Ausschüsse K und StBV überwiesen.

8.4. Überprüfung der BauBeCon GmbH A0185/07
 SR Martin Danicke
 SPD - Fraktion

Stadtrat Danicke, SPD-Fraktion, bringt den Antrag A0185/07 in modifizierter Fassung ein.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal bezeichnet die eingetretene Situation als schädlich für den Stadtteil Buckau und spricht sich dafür aus, in den Ausschüssen StBV und FG eine Art Rechenschaftsbericht über die derzeitige Situation vorlegen zu lassen.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper verweist auf ein gemeinsames Gespräch mit dem Geschäftsführer der BauBeCon und die Beauftragung an den Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Marx, einen Sachstandsbericht aus Sicht der Verwaltung in der Dienstberatung des Oberbürgermeisters vorzulegen.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Marx informiert ergänzend, dass die BauBeCon ein externes Wirtschaftsprüfungsbüro beauftragt hat, diesen Vorwürfen nachzugehen.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Brüning geht kritisch auf die Formulierung des Antrages A0185/07 ein.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern unterstützt den Antrag A0185/07 und verweist auf die ausgiebige Diskussion im Ausschuss StBV unter Einbeziehung von Buckauer Bürgern zur Problematik. Darüber hinaus wurde im Ausschuss StBV beschlossen ein Verfahren einzuführen, welches solche Geschehnisse zukünftig ausschließt.

Stadtrat Canehl, SPD-Fraktion, spricht sich ebenfalls für die Annahme des Antrages A0185/07 aus.

Stadträtin Frömert, Fraktion DIE LINKE, spricht sich für eine konkrete Benennung der Zielrichtung im Antrag A0185/07 aus.

Stadtrat Dr. Schmidt, FDP-Fraktion, hält den Antrag A0185/07 ebenfalls für nicht umfassend genug und begründet seinen Standpunkt.

Stadtrat Danicke, SPD-Fraktion, geht klarstellend auf die Intention des Antrages A0185/07 ein.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr empfiehlt, in der 2. Zeile des Beschlusstextes vor „Honorare“ die Wörter „Leistungserbringung für“ einzufügen.

Abschließend betont der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Brüning, dass es hierbei um die Rechtmäßigkeit über die Verwendung der Honorare eht.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung aller redaktionellen Änderungen einstimmig:

Beschluss-Nr. 1752-57(IV)07

Die Verwendung der der BauBeCon als Treuhänderin für das Sanierungsgebiet Buckau zur Verfügung gestellten Wirtschaftsmittel und Leistungserbringung für Honorare werden offengelegt, durch das Rechnungsprüfungsamt geprüft und das Prüfergebnis in den nicht öffentlichen Teilen der Ausschüsse für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr, Rechnungsprüfung und Finanzen- und Grundstücke vorgestellt.

8.5. Kulturelle und sportliche Beteiligungen für Kinder A0179/07

Fraktion Bund für Magdeburg

Der Vorsitzende der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann bringt den Antrag A0179/07 und den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0179/07 in die Ausschüsse BSS, StBV und FG ein, der durch den Vorsitzenden der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr um den Ausschuss K und durch Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen um die Ausschüsse GeSo und Juhi ergänzt wird.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Brüning und Stadtrat Giefers sprechen sich für die Annahme des GO-Antrages des Vorsitzenden der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann aus, wobei Stadtrat Giefers auch die Überweisung des Antrages A0179/07 in die Ausschüsse GeSo und Juhi beantragt.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, ei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Der Antrag A0179/07 wird in die Ausschüsse GeSo und Juhi überwiesen.

Gemäß ergänzten GO-Antrag des Vorsitzenden der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0179/07 wird in die Ausschüsse BSS, FG und K überwiesen.

8.6.	Kurzzeitparkplätze für KITAs und Grundschulen	A0186/07
	SPD - Fraktion	

Es liegt ein Änderungsantrag A0186/07/1 der Fraktion DIE LINKE vor.

Stadträtin Wübbenhorst, SPD-Fraktion, bringt den Antrag A0186/07 ein und bittet darum, im Punkt 2 des Beschlussvorschlages den Ausschuss BSS zu ergänzen.

Gemäß Änderungsantrag A0186/07/1 der Fraktion DIE LINKE **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag wird wie folgt ergänzt:

1. [...] und Förderschulen [...].
2. [...] und im Ausschuss für Bildung, Schule und Sport [auszuwerten].

Gemäß Antrag A0186/07 der SPD-Fraktion **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0186/07/1 der Fraktion DIE LINKE und der redaktionellen Ergänzung der SPD-Fraktion einstimmig:

Beschluss-Nr. 1753-57(IV)07

Der Oberbürgermeister wird beauftragt

1. zu prüfen, wie sich die Parksituation im Bereich der Kindertagesstätten, Grundschulen und Förderschulen der Stadt Magdeburg so gestalten lässt, dass Kurzzeitparken in den Zeiten, in denen die Kinder regelmäßig in die Einrichtung gebracht und aus ihr geholt werden, ermöglicht werden kann. Bei dieser Prüfung sind die Elternkuratorien und das Leitungspersonal der Einrichtungen einzubeziehen.
2. Das Ergebnis der Prüfung ist im StBV, BSS und im Jugendhilfeausschuss auszuwerten.

8.7. Steubenparade

A0189/07

Fraktion Bund für Magdeburg

Der Vorsitzende der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann bringt den Antrag A0189/07 ein und bittet um Zustimmung.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal bringt einen Änderungsantrag ein. (Der letzte Satz soll wie folgt lauten: Die Finanzierung soll ausschließlich durch die Einwerbung von.....)

Stadtrat Seifert, CDU-Fraktion, unterstützt den Antrag A0189/07 der Fraktion BfM.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern spricht sich in im Namen seiner Fraktion gegen den Antrag A0189/07 und für den Änderungsantrag des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus.

Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0189/07 in den Ausschuss K – ein.

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, bringt den Änderungsantrag A0189/07/1 ein.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper argumentiert gegen den Antrag A0189/07 und macht klarstellende Ausführungen bezüglich seiner Teilnahme an der Steubenparade in New York.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE spricht sich gegen eine Überweisung in den Ausschuss K aus und bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0189/07 in die Ausschüsse RWB und FG ein.

Gemäß GO-Antrag der Stadträte Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Brüning **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen:

Der Antrag A0189/07 und die vorliegenden Änderungsanträge werden in die Ausschüsse K, RWB und FG überwiesen.

8.8. Straßenbenennung A0183/07
CDU - Fraktion

Stadtrat Seifert, CDU-Fraktion, bringt den Antrag A0183/07 und den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0183/07 in die AG „Straßennamen und Hausnummerierung“ ein.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr unterstützt den Antrag A0183/07.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Seifert, CDU-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen:

Der Antrag A0183/07 wird in die AG „Straßennamen und Hausnummerierung“ überwiesen.

8.9. Zufahrt Gewerbegebiet Münchenhofstraße A0187/07
CDU - Fraktion

Stadtrat Schuster, CDU-Fraktion, bringt den Antrag A0187/07 und den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0187/07 in den Ausschuss StBV - ein.

Stadtrat Canehl, SPD-Fraktion, unterstützt im Namen seiner Fraktion den Antrag A0187/07 und spricht sich für die Vorlage der Prüfergebnis in den Ausschüssen StBV und BSS und gegen den GO-Antrag aus.

Stadträtin Meinecke, Fraktion DIE LINKE, spricht sich für die Annahme des GO-Antrages aus.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Schuster, CDU-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Der Antrag A0187/07 wird in den Ausschuss StBV überwiesen.

8.10. Aufwandsminimierung A0190/07
 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal bringt den Antrag A0190/07 und den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0190/07 in die Ausschüsse KRB, StBV und FG ein.

Der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz verweist darauf, dass das Tiefbauamt seit 2005 Zugriff auf das Melderegister im Einwohnermeldeamt hat und damit die technischen Voraussetzungen gegeben sind.

Gemäß GO-Antrag des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen:

Der Antrag A0190/07 wird in die Ausschüsse KRB, StBV und FG überwiesen.

8.11. Garallengemeinschaften auf städtischem Grund und Boden A0191/07
 Fraktion DIE LINKE

Stadträtin Frömert, Fraktion DIE LINKE, bringt den Antrag A0191/07 ein. Sie bittet darum, das Prüfergebnis im Ausschuss FG vorzulegen.

Stadträtin Paqué, FDP-Fraktion, bittet auch um Vorlage des Prüfergebnisses im Ausschuss StBV.

Gemäß Antrag A0191/07 der Fraktion DIE LINKE **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen:

Beschluss-Nr. 1754-57(IV)07

Der Oberbürgermeister wird gebeten, für eine langfristige vertragliche Regelung zur Sicherung von funktionierenden Garagenstandorten auf städtischen Grund und Boden zu prüfen:

- Kann zur Sicherung der weiteren Nutzung der Baulichkeiten/Garagen durch die Berechtigten in funktionierenden Gemeinschaften ein Erbbaupachtvertrag mit einer definierten Laufzeit je Verein abgeschlossen werden, zu welchen Bedingungen wäre das möglich?

- Kann – bei von der Stadt für kommunale Aufgaben nicht mehr benötigten Grundstücken - der Verkauf an die jetzigen Nutzer angeboten werden, wenn die Garagengemeinschaft als Erwerber fungiert? Zu welchen Bedingungen wäre dies möglich?

8.12. Information des Stadtrates über OB-Beschlüsse A0184/07
 Interfraktionell

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal bringt den interfraktionellen Antrag A0184/07 und den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0184/07 in den Ausschuss KRB – ein.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper stellt klar, dass alle in seiner Dienstberatung gefassten Beschlüsse, die öffentlichen Charakter haben, unverzüglich im Anschluss an die Dienstberatung für das Internet freigeschaltet werden.

Gemäß GO-Antrag des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen:

Der Antrag A0184/07 wird in den Ausschuss KRB überwiesen.

8.13. Tag der Außenwirtschaftsbeziehungen in der Landeshauptstadt A0188/07
 Magdeburg
 FDP - Fraktion

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion bringt den Antrag A0188/07 und den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0188/07 in den Ausschuss RWB – ein.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Klein, FDP-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0188/07 wird in den Ausschuss RWB überwiesen.

8.14. Umgang mit gefährlichen Hunden

A0192/07

FDP - Fraktion

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, bringt den Antrag A0192/07 ein.

Der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz nimmt zur Thematik Stellung und bringt seine Verwunderung darüber zum Ausdruck, dass diese Thematik nicht an den Landtag herangetragen wurde. Er unterstützt aber grundsätzlich das Anliegen.

Der Vorsitzende der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann folgt der Intention des Antrages A0192/07, hält ihn aber in der Umsetzung für schwierig.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr unterstützt die geäußerten Bedenken des Vorsitzenden der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann.

Stadtrat Schwenke, CDU-Fraktion, signalisiert, sich im Landtag für die Problematik einzusetzen.

Im Ergebnis der Diskussion zieht Stadtrat Klein, FDP-Fraktion den Antrag A0192/07 **zurück**.

9. Informationsvorlagen

Die schriftlich vorliegenden Informationen unter TOP 9.1 – 9.7 werden zur Kenntnis genommen.

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge stellt die Nichtöffentlichkeit her.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Jens Ansorge
Ignatuschtschenko
Vorsitzende/r

Silke Luther Dr. Anne
Schriftführer/in

Anwesend:

Abwesend

Balzer, Falko
Franke, Holger
Huhn, Dagmar
Schmicker, Wolfgang
Siedentopf, Uta
Zimmer, Gerd Dr.

Vorsitzende/r

Ansorge, Jens

Mitglieder des Gremiums

Hildebrand, Jürgen Dr.
Bischoff, Norbert
Boeck, Hugo
Bork, Jana
Bromberg, Hans-Dieter
Brüning, Hans-Werner
Canehl, Jürgen
Czogalla, Olaf
Danicke, Martin
Frömert, Regina
Giefers, Thorsten
Gripinski, Axel
Grünert, Gerald
Heendorf, Michael
Hein, Rosemarie Dr.
Heinemann, Klaus
Heinl, Gerhard
Herbst, Sören Ulrich
Heynemann, Bernd
Hoffmann, Martin
Klein, Carsten
Krause, Bernd
Kriese, Birgit
Kutschmann, Klaus Dr.
Lischka, Burkhard
Löhr, Rainer
Meinecke, Karin
Meinecke, Sven
Meinecke, Walter
Müller, Oliver
Paqué, Sabine
Reichel, Gerhard Dr.
Reppin, Bernd
Rink, Johannes
Salzborn, Hubert
Schindehütte, Gunter
Schmidt, Kurt Dr.

Schoenberner, Hilmar
Schuster, Frank
Schwenke, Wigbert
Seifert, Eberhard
Stage, Michael
Stage, Mirko
Stern, Reinhard
Szydzick, Claudia
Trümper, Lutz Dr.
Veil, Thomas
Wähnelt, Wolfgang
Westphal, Alfred
Wübbenhorst, Beate
Geschäftsführung
Ignatuschtschenko, Anne Dr.
Luther, Silke